

Land hilft bei Integration

HIRSCHBERG. Neuigkeiten aus dem Landtag und der Kommunalpolitik waren die Themen der Mitgliederversammlung der Grünen Liste Hirschberg. Vorstandssprecherin Claudia Schmiedberg und Vorstandskollege Arndt Weidler begrüßten hierzu den Landtagsabgeordneten Uli Sckerl im Anbau der Alten Turnhalle in Großsachsen. Zunächst informierte Sckerl über das gerade anlaufende Programm zur Unterstützung der Kommunen für die Anschlussunterbringung der Flüchtlinge. Ab sofort stünden Mittel für die Kommunen zur Verfügung, um mit der Umsetzung des Integrationsprogramms des Landes zu beginnen. Dies sehe beispielsweise auch die Finanzierung eines Integrationsmanagers vor.

Aber auch für jene Kosten, die die Gemeinden bezüglich der Unterbringung und Maßnahmen zur Berufsintegration zu stemmen haben, sind diese Gelder gedacht. „Die Aufnahme und Integration der Flüchtlinge ist eine sehr große Aufgabe, die ohne historisches Vorbild ist“, sagte Sckerl, der darauf hinwies, dass rund 100 000 Menschen, die mittelfristig Bleiberecht in Deutschland zugesprochen bekommen haben, in Baden-Württemberg leben.

Eine große Herausforderung für die Kommunen, die der Bund nicht ausreichend finanziell unterstütze, weshalb die Landesregierung beschlossen habe, ihnen zur Seite zu stehen.

Rund 1300 Euro können seitens der Kommune pro Flüchtling für Integrationsmaßnahmen abgerufen werden. 500 Millionen Euro habe das Land bereitgestellt, von denen 60 Prozent – also rund 300 Millionen

– schon jetzt abrufbar sind. Das in der Bundesrepublik bislang einzigartige Integrationsprogramm sehe vor, dass je ein Integrationsmanager pro 70 Flüchtlingen zur Verfügung steht. Dieser fungiert als Ansprechpartner und Schnittstelle, um das Eingliedern in das gesellschaftliche und berufliche Leben zu unterstützen.

Sckerl kritisierte, dass sich der Bund mit 400 Millionen Euro Finanzhilfe vergleichsweise zu wenig engagiert, was sich ändern müsse: „Diese Situation muss gemeinsam gesteuert werden.“

Mehr Lehrer und Polizisten

Aber nicht nur Deutschland, welches die meisten der in Europa um Asyl suchenden Flüchtlinge aufgenommen hat, sondern auch Länder wie Frankreich und Skandinavien müssten aktivere Rollen bei der Verteilung der Aufgabe tragen: „Europa wird nicht als reine Wirtschaftsgemeinschaft, sondern nur in Verbindung mit einer Wertegemeinschaft eine Zukunft haben.“ Auf einem guten Weg sei das Land bei der Gestaltung der mittelfristigen Zukunftsherausforderungen. 2000 neue Stellen im Öffentlichen Dienst sollen geschaffen werden, das Gros im Schul- und Polizeidienst.

Gerade in der Rhein-Neckar-Region sei die Schaffung von Lehrerstellen von großer Bedeutung, da diese durch eine Zuwanderung vor wachsenden Schülerzahlen stünden.

Dies werde derzeit gerade in der Region im Bereich der Gemeinschaftsschulen deutlich, die nach ihrer Einführung durch die Landesregierung inzwischen die am stärk-

ten nachgefragte Schulform sei. „Neben Heddeshheim und Hemsbach wäre daher auch in unserer Region ein dritter Standort machbar.“

Die Neuschaffung von Stellen bei der Polizei habe für den Landespolitiker Sckerl zwei Gründe. Zum einen gehe es darum, auf die Tatsache vorzeitig zu reagieren, dass bis zum Jahr 2021 50 Prozent der Polizeibeamten des Landes in den Ruhestand gingen.

Um den derzeitigen Stand halten zu können, müssten 1000 neue Stellen geschaffen werden. Zum anderen gelte es, dem wachsenden Bedürfnis an Sicherheit der Bevölkerung zu entsprechen.

Sckerl informierte darüber, dass bezüglich der Bedrohung durch islamistischen Terror ein Konzept umgesetzt werde, das eventuelle Anschläge durch personalintensive Polizeiarbeit im Vorfeld verhindert. „Allein um eine Person rund um die Uhr zu observieren, sind im Hintergrund 50 Beamten tätig“.

Die vermutete Zahl gewaltbereiter Personen aus diesem Umfeld werde in einer hohen zweistelligen Zahl im Land geschätzt. Auch optisch müsse die Polizei präsent zu sein, um dem Bedürfnis an Sicherheit zu entsprechen. Eine Vorgehensweise, die sich bislang ausgezahlt habe, gelte Baden-Württemberg in Fachkreisen als das sicherste Bundesland.

Ebenfalls ein drängendes Thema sei die Beschäftigung mit dem Artenschwund im Land. Besonders Insekten und Vögel seien betroffen. Eine Analyse der Situation und ein Maßnahmenkatalog stünden in dieser Frage ganz oben auf der Landesagenda.